

Dr. Reinhard J. Voß, 34474 Wethen

Ohligser Gespräche

Vortrag am und zum 1. September 2009:

Krieg darf um Gottes Willen nicht sein!

**Eine Ethik vom Gerechten Frieden für das Handeln von Kirche
und Staat – Und wie setzen wir sie konkret um?**

Stadtkirche Solingen-Ohligs, 19.00 Uhr

(Texte in Klammern nicht vorgetragen]

0. Einstieg

1849 bis 1919 = 70 Jahre

1939 bis 2009 = 70 Jahre (darin: 1939 – 1949 - 1969 – 1989 – 2009)

(Auch persönliche Kerndaten)

Hinweis auf Prof. Thomas Hoppe, HH: „Frieden kann nicht errüstet werden. Die Option für Gewaltfreiheit 20 Jahre nach der Ökumenischen Versammlung in Dresden“ (Herder Korrespondenz 63 – 8/2009)

1. Endgültiger Abschied vom „Gerechten Krieg“ nach 1.700 Jahren

Hinweis auf die „Konstantinische Wende“ im 4. Jhd. mit ihrer machtpolitisch begründeten Abkehr vom der Gewaltfreiheit Jesu und der Christenheit.

Das Katholische Bischofswort „Gerechter Friede“ vom September 2000 beruft sich ganz zu Beginn und ganz grundsätzlich auf die Ökumenische Versammlung in der DDR 1989:

„Mit der notwendigen Überwindung der Institution des Krieges kommt auch die Lehre vom gerechten Krieg, durch welche die Kirchen den Krieg zu humanisieren hofften, an ein Ende. Daher muss schon jetzt eine Lehre vom gerechten Frieden entwickelt werden, die zugleich theologisch begründet und dialogoffen auf allgemein menschliche Werte bezogen ist.“ (Punkt 1)

Die EKD hat 2007 mit ihrem Wort „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ diesen programmatischen Schritt auch vollzogen.

Auch die bevorstehende Weltversammlung des ÖRK zum Abschluss der Dekade „DOV“ – „zur Überwindung von Gewalt“ in Kingston/Jamaika steht nun unter dem Leitwort des „Just Peace / Gerechter Friede“.

Hinweis auf: „Erklärung zum Gerechten Frieden. Erster Entwurf“ (ACK 2009)

2. „Gerechter Friede“ zwischen „Gerechter Krieg“ und „Kriegsächtungsethik“ – am Beispiel des Irakkrieges 2003

Beispiel Gerhard Beestermöllers grundsätzlich friedensethisches Plädoyer gegen den Irakkrieg vom September 2002 unter dem Zeichen einer Kriegsächtungsethik, die viele nun auch endlich von Kingston erwarten:

„Auf dem Wege zu einer Kriegsächtungsethik“

Eine kritische Stellungnahme aus der katholischen Perspektive einer „Kriegsächtungsethik“ bot noch vor dem Irakkrieg - fußend auf den Kriterien des „gerechten Krieges“ - im Oktober 2002 Gerhard Beestermöller vom Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel b. Hamburg. Mit seinem Buch fragte er: „Krieg gegen den Irak – Rückkehr in die Anarchie der Staatenwelt? Ein kritischer Kommentar aus der Perspektive einer Kriegsächtungsethik“ (Stuttgart, Kohlhammer, Oktober 2002riedensethik, Bd. 35)

Er analysiert darin aus der Perspektive des Gerechten Friedens, die „drei politischen Optionen“ im Irakkonflikt, nämlich

- Regimesturz durch Krieg,
- Gestufte Eskalationsdynamik, die letztlich Krieg durch Androhung verhindern will,
- Politik des Containment, die ganz oder weitgehend auf militärische Gewalt verzichtet.

Zu den beiden ersten Positionen kommt er danach zu dem Schluss, „das ethische Unbedenklichkeitszertifikat entschieden zu verweigern (S. 82), indem er die klassischen Kriterien des „Gerechten Kriegs“ anwendet, denn:

- Die *legitime Autorität* ist nach der US-Ankündigung, auch ohne UN-Mandat zu handeln, nicht mehr klar.
- Der *gerechte Grund* ist nicht einsichtig, da der Irak nicht ein singulärer Fall ist, sondern aus machtpolitischen Gründen ausgewählt erscheint.
- Die *ultima-ratio*-Forderung ist nicht aktuell, da es andere Druck- und Politikmittel gibt.
- Die *Erfolgswahrscheinlichkeit* muss bezweifelt werden; die Folgen sind nicht übersehbar.
- Die *minus-malum*-Forderung, also die Gesamtbilanz, fällt gegen die Option Krieg aus.

Die Politik des Containment, also die dritte Option, sei also das „geringere Übel“, wenn auch ihrerseits ethisch solange fragwürdig, wie sie das Leiden der Bevölkerung des Irak nicht verringern oder beenden hilft und wie keine neue Weltrechtsordnung etabliert und von allen Staaten akzeptiert wird – gerade auch von den starken und dem stärksten der Staaten.

*

Auch in Kingston/Jamaika geht die Arbeit nicht nur zum Gerechten Frieden, sondern wohl darüber hinaus zur Ächtung des Krieges – über die 1948 bei der ÖRK-Gründung gefundene Forderung und Überzeugung: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein!“

3. Zum Konzept des gerechten Friedens (Neue Broschüre der ACK)

- Aus Teil 1 zur Ökumenischen Diskussion über Gerechten Frieden
- Aus Teil 3 zur „Gewaltfreiheit als Kern des Gewaltfreiheits“

Die Ökumenische Diskussion zum Gerechten Frieden ist so alt wie der ÖRK. Im Konziliaren Prozess für GFS seit 1983 bekam sie immer mehr Gewicht. Zitat aus der Broschüre (Teil 1):

Der konziliare Prozess war breiter angelegt als die Idee eines Konzils. „Der konziliare Prozess [...] will die möglichst breite und intensive Teilnahme des Volkes Gottes erreichen.“¹ Er ist partizipatorisch gemeint und wendet sich an die Kirchen auf allen Ebenen: Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerke christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften. So

¹ vgl. Heino Falcke, Vom Gebot Christi, dass die Kirche uns die Waffen aus der Hand nimmt und den Krieg verbietet. Zum konziliaren Weg des Friedens. Ein Beitrag aus der DDR, Radius-Verlag, 1. Auflage 1986, S. 52; Ulrich Duchrow, Gerhard Liedke, Schalom. Der Schöpfung Befreiung, den Menschen Gerechtigkeit, den Völkern Frieden, Kreuz Verlag, 1987

konzipiert, hat er wesentlich dazu beigetragen, Initiativen und Basisgruppen auf allen Ebenen zusammenzuführen. Seine sachlich-inhaltlichen Ergebnisse zu Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung hatten und haben politische Wirkungen durch mobilisierende Breitenwirkung und den Gewinn an Expertise. Die friedliche „Wende“ in der DDR im Jahre 1989 etwa ist ohne den konziliaren Prozess nicht denkbar.

[Stationen dieses kirchenreformerischen Prozesses waren neben den vielen lokalen und regionalen Initiativen unter dem Motto „Lokal handeln – global denken“ große Versammlungen, insbesondere die der Friedensgruppen in Siegen 1984 und 1985, das Forum der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Stuttgart (1988), die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Dresden – Magdeburg – Dresden (1988/1989), die 1. Europäische Ökumenische Versammlung in Basel (1989), die Weltversammlung des ÖRK in Seoul (1990), die Versammlung der Basisgruppen in Erfurt 1996, die Ökumenische Versammlung der ACK 1996 in Erfurt, die 2. Europäische Ökumenische Versammlung in Graz (1997), sowie die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu (Hermannstadt) 2007. Die Entwicklung von der ersten zur dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung zeigt allerdings, wie der mit dem Gedanken des „konziliaren Prozesses“ verbundene Aufbruch mit kirchlichen und konfessionellen Strukturen und Fragestellungen verknüpft und deshalb ekklesiologisch schwer zu bewältigen ist.]

War Basel 1989 noch ganz von den Themen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ sowie von der gemeinsamen Arbeit der Kirchen und Basisgruppen bestimmt, so diskutierte die Versammlung in Sibiu (Hermannstadt) 2007 die Themen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ausweislich der verabschiedeten „Botschaft“ unter dem Leitgedanken der „christlichen Spiritualität“. Christinnen und Christen sollen – wie in der *Charta Oecumenica* verbindlich erklärt - dazu beitragen, „Europa zu einem Kontinent des Friedens, der Solidarität, der Partizipation und der Nachhaltigkeit zu machen“ (Empfehlung V). Die „lebendige Erneuerung“ des konziliaren Prozesses wurde nur in der „Erklärung junger Delegierter aus ganz Europa“ gefordert, die der „Botschaft“ „beiliegt“, ohne ausdrücklich festzuhalten, dass dieser Text als Bestandteil der „Botschaft“ angenommen wurde.²

Die VIII. ÖRK-Vollversammlung 1998 in Harare spitzte den konziliaren Prozess durch den Aufruf zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt: Kirchen für Frieden und Versöhnung“ (2001 bis 2010) auf die Gewaltproblematik zu. Die IX. Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre beauftragte schließlich aus Anlass der Debatte über „Gefährdete Bevölkerungsgruppen – Erklärung zur Schutzpflicht“ den Zentralausschuss, „die Möglichkeiten eines Studienprozesses zu erwägen, der alle Mitgliedskirchen und ökumenischen Organisationen für die Ausarbeitung einer umfassenden ökumenischen Erklärung zum Frieden mobilisiert, welche in einer klar formulierten Theologie wurzelt. Die Erklärung sollte sich u.a. mit folgenden Themen befassen: gerechter Frieden, Schutzpflicht, Rolle und Rechtsstatus nichtstaatlicher Kombattanten, Wertekonflikt (z.B. territoriale Integrität und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens). Sie sollte zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt 2010 angenommen werden.“³ Die entsprechende Internationale Ökumenische Friedenskonvokation (*International Ecumenical Peace Convocation, IEPC*) soll im Mai 2011 stattfinden.

² Dritte Europäische Ökumenische Versammlung „Das Licht Christi scheint auf alle. Hoffnung für Erneuerung und Einheit in Europa“, epd-Dokumentation Nr. 41-42, 2.10. 2007, S. 9 ff.

³ Klaus Wilkens (Hrsg.), In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt. Porto Alegre 2006. Neunte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Lembeck, 2007, S. 343

Zitat aus der Broschüre zum Gerechten Frieden im Hinblick auf die Gewaltfreiheit als dessen Kern: 3. Gewaltfreiheit – Kern des gerechten Friedens⁴

[Vom Mord des Kain an Abel bis hin zum Tod Jesu Christi am Kreuz ist Gewalt eines der zentralen Themen der Bibel. Die Bibel berichtet eindringlich, dass jeder Mensch zur Gewalt fähig ist. Auch die Geschichte des Christentums und der Kirchen zeigt die Verstrickung in Gewalt. Trotzdem sind wir der Gewalt nicht ausgeliefert, denn die Bibel ist zutiefst ein Buch der Befreiung von Gewalt. Gewaltverzicht zur Verminderung oder Auflösung von Gewalt befähigen Täter/innen und Opfer zur Liebe am Nächsten. Die Gewaltfreiheit, zu der die Bibel einlädt, ist der theologische Kern des gerechten Friedens. Sie ist angelegt im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt hat in Aufnahme der Ergebnisse der 1. Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ (1988-1998) die Diskussion um das Verständnis des Kreuzes Christi erneut aufgenommen und wieder belebt. ...]

Wie ist mit Gewalt umzugehen? Es gibt drei christliche Traditionen, mit Gewalt umzugehen. Sie haben aber unterschiedliche Qualitäten für das Friedenstiften der Kirchen, wenn es um den Vorrang der Gewaltfreiheit geht.

Die Tradition des unbedingten Gewaltverzichts

„Nach Epheser 2,14 ist ‚Christus unser Friede‘. Sein Leben, Tod und Auferstehen stiften neue Gemeinschaft mit Gott und zwischen verfeindeten Menschen/Völkern. Kirche hat den Auftrag, Christus und seinen Frieden zu bezeugen. Sie lädt Menschen ein, sich mit Gott und untereinander versöhnen zu lassen und Glieder am Leibe Christi zu werden. In Bekehrung und Nachfolge wenden sich Menschen vom Weg der Gewalt auf den Weg des Friedens. Aus der Bindung an Jesus Christus schließlich erwachsen ethische Prämissen, die sich von denen der Gesellschaft unterscheiden. In Christus ist die Gewalt überwunden.“ So fasst Wolfgang Krauß, ein Mennonit, die Position des unbedingten Gewaltverzichts zusammen, die auf der Grundlage der Bergpredigt (Matthäus 5) bis zur „Konstantinischen Wende“ im 4. nachchristlichen Jahrhundert das Leben der Gemeinden bestimmte - oder der „Konstantinischen Gefangenschaft“⁵, wie der Mennonit John H. Yoder die Umkehr Konstantins aus dem täuferischen Ansatz heraus in Frage stellt. Die frühen Christen lebten dem himmlischen Frieden in Erwartung des Endes der Welt und der Wiederkehr Christi mit aktivem Handeln, nicht durch passives Hinnehmen aus einer Haltung der „*patientia*“ (deutsch: Geduld) entgegen, was dem heutigen Verständnis der grundsätzlichen Gewaltfreiheit entspricht. Die **Historischen Friedenskirchen** der Mennoniten und der Brethren, die Quäker sowie viele Christinnen und Christen in den Großkirchen führen die Tradition des prinzipiellen Gewaltverzichts im Sinne einer aktiven Gewaltfreiheit fort. Sie verzichten auf den Schutz durch Waffen, verweigern den Kriegsdienst, setzen sich unter Inkaufnahme von persönlichen Nachteilen gegen Unrecht ein und entwickeln stattdessen konstruktive Programme und Aktionen gegen Gewalt.

Die Tradition der legitimierten oder begrenzten Gewalt

Die einflussreichste Tradition der Kirchen ist die der Legitimierung von begrenzter Gewalt. Angeknüpft wird dazu an Römer 13,4 („Denn Gottes Dienerin ist die Obrigkeit für dich zum Guten. Wenn du aber das Böse tust, so fürchte dich, denn nicht umsonst trägt sie das Schwert“) oder Matthäus 22,21 („So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was

⁴ Auszug aus: Ulrich Frey, Frieden in das Zentrum der Kirche, in: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.), Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden - Plädoyer für zivile Konflikttransformation, Publik Forum Verlagsgesellschaft, 2008, S. 54 - 60

⁵ Fernando Enns, aaO, S. 160

Gottes ist“). Es geht hier um das Recht als Instrument zur Begrenzung von Gewalt. In diesem Zusammenhang steht auch die Lehre vom gerechten Krieg (lateinisch: *bellum iustum*) zur Begrenzung kriegerischer Gewalt (siehe auch Punkt 1 dieses Heftes zur ökumenischen Diskussion). Die Charta der Vereinten Nationen (1945) hat die Lehre vom gerechten Krieg völkerrechtlich außer Kraft gesetzt. Grund für die Forderung nach Ächtung und Überwindung des Krieges in der Charta war das Grauen der beiden Weltkriege. Die Präambel der Charta beginnt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, ...“ Artikel 2 Absatz 4 der Charta spricht deshalb ein allgemeines völkerrechtliches Gewaltverbot aus, indem sie den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen „in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“ untersagt. Ausnahmen erlauben nur die Artikel 51 und Artikel 42 der Charta. Es ist inzwischen weithin anerkannter ökumenischer Konsens, dass die Lehre vom gerechten Krieg theologisch und geschichtlich überholt ist. Heute steht nicht mehr die Lehre vom gerechten Krieg zur Debatte, sondern die Überwindung von Gewalt und die Förderung einer Kultur der Gewaltfreiheit. Der Beschluss der Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre 2006 zu der schon erwähnten Schutzpflicht für gefährdete Bevölkerungsgruppen (*Responsibility to Protect*)⁶ steht in dieser Tradition, wirft allerdings auch Fragen hinsichtlich der Kriterien des Einsatzes von militärischen Waffen unter dem Gesichtspunkt der *Responsibility to React* auf, die ganz am Ende des Prozesses der *Responsibility to Protect* steht⁷.

Die Tradition der heiligen Gewalt

Die dritte Tradition ist die der „heiligen Gewalt“, die so in der Bibel zwar nicht bezeichnet, aber unter diesem Kürzel unter Bezug auf die hebräische Bibel diskutiert wird. Es geht dabei um Gewalt im Namen Gottes gegen das Böse. „Vernichten soll sie doch der Tod, lebendig sollen sie zur Grube fahren“ (Psalm 55,16). Solche Rufe sind mit den Geboten zur Feindesliebe und dem Verbot, andere zu bedrohen oder zu beschimpfen, sowie mit der Hoffnung „Schwerter zu Pflugscharen“ (Jesaja 2,4 und Micha 4, 1-3) nicht zu vereinbaren. Gebete wie in Psalm 35,1ff (Streite, Herr, wider die, die gegen mich streiten, bekriege, die mich bekriegen ...) sind heute nicht mehr verständlich und werden deshalb aus den Liturgien und dem Glaubensleben ausgeblendet.⁸ Dabei erklären sich diese Texte der Bibel aus den Erfahrungen Israels mit Unterdrückung und Leiden. In ihnen schreien die Betenden Israels ihren Schmerz und ihre Gefühle aus. Es sind also nicht die Sieger der Geschichte, die wir hier hören, sondern die Opfer von Gewalt, die ihre Erfahrungen artikulieren und sie besprechbar machen. Sie setzen auf Gott als Helfer in Not und als Rächer des Unrechts. Nicht der Mensch soll es richten, sondern Gott. Indem die Texte Gott diese Rolle zuschreiben, bleiben die Menschen also gerade frei von der Gewalt. Die Texte werden jedoch missbraucht, wenn Menschen sie in die Hand nehmen und mit ihnen Politik machen oder gar meinen, sie könnten sich an die Stelle Gottes als Retter setzen und Gutes mit Gewalt erzwingen. Wir erinnern uns an die Kreuzzüge, die Ausrottung indigener Völker im Namen des Christentums, die Judenverfolgungen im Mittelalter und an die Shoa. All diese Ereignisse sind geprägt von „Heiliger Gewalt“. Auch Begriffe wie „Reich des Bösen“, „Schurkenstaaten“ oder „Achse des Bösen“ sind Auswüchse dieser Tradition.

⁶ Klaus Wilkens (Hrsg.), In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt. Porto Alegre 2006. Neunte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Lembeck, 2007, S. 334 ff

⁷ Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit/ Gruppe Friedensentwicklung, *Responsibility to Protect: Vom Konzept zur angewandten friedens- und sicherheitspolitischen Doktrin?*, Briefing Nr.6, 08/2007, www.frient.de

⁸ Klara Butting, *Der Zorn Gottes und die Gewalt der Menschen*, in: Dekade-Nachrichten der EKD-Projektstelle Gewalt überwinden, Ausgabe 6/Februar 2003, S. 18

[Perspektiven der Gewaltfreiheit

Mit Bedford-Strohm⁹ sind vier idealtypische Ansätze zur Begründung gewaltfreien Denkens und Handelns zu unterscheiden:

- *Der unbedingte Pazifismus.* Danach ist die Anwendung militärischer Gewalt ausgeschlossen, weil es Pflicht ist, mit Gewaltfreiheit zu reagieren. Maßgeblich sind nicht die Analyse, die Vorgeschichte und der Verlauf der Auseinandersetzung und der damit verbundenen Zielkonflikte, sondern allein die Einsicht, dass alle Schritte im Umgang mit dem Konflikt von Gewaltfreiheit geprägt sein müssen.
- *Der argumentative Pazifismus.* Er geht davon aus, dass es ethisch Pflicht ist, militärische Gewalt auszuschließen. Er führt im Ergebnis zur Position unbedingter Gewaltfreiheit, bezieht aber neben den biblischen Normen bewusst auch politische Analysen in die ethische Begründung der Gewaltfreiheit ein. Die politische Analyse lehrt, dass Gewalt noch nie zum Frieden geführt, sondern immer neue Gewalt gezeugt hat. Deshalb ist die biblisch begründete Gewaltfreiheit gleichzeitig eine vernünftige Entscheidung. Der argumentative Pazifismus lässt die Möglichkeit offen, vor dem Hintergrund neuer historischer Erfahrungen und bei überzeugenden Argumenten Ausnahmen vom Verbot der Gewaltanwendung zuzulassen.
- *Der Verantwortungspazifismus.* Er orientiert sich an der Verantwortlichkeit, Frieden zu stiften. Er tritt für einen klaren Vorrang der Gewaltfreiheit ein, geht aber davon aus, dass die Gewaltfreiheit des eigenen Handelns nicht das einzige ethisch bindende Prinzip ist, z.B. in bestimmten Situationen akuter Not. Gewaltanwendung in solcher Not als Ausnahme gegen den Vorrang der Gewaltfreiheit ist danach nie gerechte Gewalt, sondern immer mit Schuld verbunden und nur in Ausnahmefällen erlaubt.
- *Der gerechtigkeitsethische Ansatz.* Diese Position verleiht der Gewaltfreiheit keinen hervorgehobenen Rang. Ebenso verbindlich sind u. a. der Schutz von Schwachen, die Würde des Menschen und der Schutz anderer vor Gewalt. Wenn zwischen diesen Prinzipien Zielkonflikte entstehen, muss eine Analyse der aktuellen Situation entscheiden, ob Gewaltanwendung zulässig oder gar geboten ist. Im Unterschied zum Verantwortungspazifismus ist mit diesem Ansatz die Anwendung von Gewalt ausdrücklich zu rechtfertigen. Diese Position kommt sehr nahe an die Lehre vom „gerechten Krieg“ heran.

Den Anforderungen des gerechten Friedens können die Kirchen im Sinne der Gewaltfreiheit nur aus einem grundsätzlichen Ansatz (Ansatz a), argumentativen (Ansatz b) oder aus Verantwortung (Ansatz c) gerecht werden. Der gerechtigkeitsethische Ansatz (d) greift in dieser Hinsicht zu kurz. Deshalb ist es unfruchtbar, sich gegenseitig als „unbedingte“ (a) oder „bedingten“ Pazifisten (b und c) zu verurteilen. Beide Positionen vertreten in sich schlüssige Lösungen zur Gewaltproblematik. Beide Positionen sollten sich gegenseitig unterstützend in der Auseinandersetzung mit der Realität mit ihren jeweiligen theologischen und gesellschaftspolitischen Vorgaben bewähren.]

Ökumenischer Konsens und damit von sinnstiftender Bedeutung ist heute das Leitbild des gerechten Friedens. In ihm sind zwei der drei Grundthemen des konziliaren Prozesses, Gerechtigkeit und Frieden, einander zugeordnet. Doch gehört bei näherem Zusehen auch das dritte Element – Bewahrung der Schöpfung – in die Zielvorstellung eines gerechten Friedens. Im Leitbild des gerechten Friedens lassen sich die zentralen Aspekte des konziliaren Prozesses bündeln.

⁹ Heinrich Bedford-Strohm, Gottes Versöhnung und militärische Gewalt. Zur Friedensethik nach dem Kosovo-Krieg, in: Rudolf Werth (Hrsg.), Das Kreuz Jesu – Gewalt, Opfer, Sühne, Neukirchener, 2001, S. 211 f; vgl. auch: Fernando Enns, Militärisches Eingreifen als „ultima ratio“? – Plädoyer für einen vernünftigen christlichen Pazifismus, in: Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) und der Ev. Akademie/Referat Frieden im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hrsg.), Frieden denken, Frieden machen. Kriege haben keine Chancen, Teil 2: Urteilen, 2005, S. 56 ff.

4. Was ist also heute für die Friedensarbeit „dran“?

Zunächst nenne ich anlässlich des heutigen Tages die pax christi-Forderungen an Politik, Gesellschaft und uns alle:

Heute, 70 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf Polen, appelliert pax christi:
an den Deutschen Bundestag,

- die wegen so genannten „Kriegsverrats“ zum Tode verurteilten Wehrmachtssoldaten unverzüglich zu rehabilitieren

an die Bundesregierung,

- in den Beziehungen zu Polen und anderen ehemaligen Kriegsgegnern eine sensible und respektvolle Politik zu betreiben
- auf militärische Auslandseinsätze, die das Friedensgebot des Grundgesetzes unterlaufen, zu verzichten
- den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeitnah zu beenden und stattdessen verstärkt zivile Konfliktlösungen und Aufbaumaßnahmen zu unterstützen
- die Anstrengungen zur Stärkung der Vereinten Nationen als Vermittler in Konflikten zu intensivieren

an die katholische Kirche,

- die Versöhnungsbemühungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern nach Kräften zu unterstützen und dazu ihre kirchlichen Kontakte zu nutzen
- ein Schreiben an die heute noch lebenden Soldaten der Wehrmacht zu verfassen, in dem der Irrtum eingeräumt wird, dem die Mehrheit der Fuldaer Bischofskonferenz damals in der Beurteilung des Zweiten Weltkrieges unterlag
- die Konsequenz zu ziehen, die Gläubigen in Zukunft stärker in die Auseinandersetzung um das sittlich rechte Verhalten einzubeziehen
- sich erneut kritisch mit dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat auseinander zu setzen und die Frage zu erörtern, inwieweit ein christlich begründeter Widerstand und ziviler Ungehorsam gegenüber lebensbedrohenden Entscheidungen des Staates gerechtfertigt sein können

an alle Bürger/innen,

- die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung und des Parlaments stets kritisch zu beobachten und zu begleiten
- freundschaftliche Beziehungen zu Polen und anderen Nachbarländern aufzubauen und zu pflegen und so dem Frieden zu dienen
- die Gewissensfreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu verteidigen
- sich aktiv Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und der Gewalt gegen ausländische Mitbürger/innen entgegenzustellen

Hinweis auf die Erklärung der kath. deutschen und polnischen Bischöfe zum 1.9., insbesondere zur KULTUR DES FRIEDENS und zum GEERECHTEN FRIEDEN

Was ist heute für die Friedensarbeit „dran“?

Ich möchte diese Frage abschließend noch grundsätzlicher abarbeiten, und zwar anhand einer Liste namens „**Zu-Mutungen einer Kultur des Friedens**“ abarbeiten, die ich in meinem Buch „Schalomdiakonat“ zu Beginn dieses Jahrzehntes als Perspektiv-Raster dargestellt habe. (R. Voß, *Schalomdiakonat, Idstein 2000, 153-156*)

Da freut es mich besonders, dass die gemeinsame deutsch-polnische katholische Bischofserklärung zum 1.9. deutlich unter dem Stichwort vom „Zeugnis der Kirche“ ausdrücklich

- sowohl von der hilfreichen und notwendigen „Kultur des Friedens“, ja vom „Leitbild einer Kultur des Friedens“

- als auch vom „Dienst an einem gerechten Frieden“ spricht.

Sie meint sehr konkret: Sprache, Kultur, kirchlich-institutionelle Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe, besonders für Afrika, Versöhnungsarbeit und Lebensschutz.

So komme es zu der vom polnischen Papst JP II immer wieder anvisierten „Heilung der Erinnerungen“ – zu der etwa das Maximilian-Kolbe-Werk und pax christi lange beigetragen haben und es weiter tun.

Wie eine „**Kultur des Friedens**“ aussehen könnte, skizzierte 1999 Pastor Christof Ziemer – 10 Jahre zuvor ein führender Vertreter der gewaltlosen Wende in der DDR mit ihrer „vorrangigen Option der Gewaltfreiheit“. Er stellte Aspekte einer „abrahamischen Spiritualität“ heraus, die zu leben uns auf den Weg zu einer interkulturellen und interreligiösen Friedenskultur bringen werden. Ich leite aus seiner „Spurensuche nach einer abrahamischen Spiritualität“ sieben „Zu-Mutungen“ ab, die ich übrigens schon kurz VOR der Terrorwelle seit 2001 unter dem Eindruck des Jugoslawienkrieges formuliert habe und heute jeweils aktuell ergänzen will.

1. Den Aufbruch ins Unbekannte wagen - ohne genaues Ziel, aber mit klarer Richtung

In einer Kultur des Friedens geht es darum, liebgewordene Bindungen und Sicherheiten zugunsten eines größeren Ganzen aufzugeben, ohne sich dabei selbst zu verlieren. Eine große Ichstärke ist Voraussetzung des Hinausgehens und Friedensstiftens, weil nur sie innerlich unabhängig und unbestechlich macht. Auch die Unsicherheit, ob das Ziel erreichbar sei, ist auszuhalten, wenn man (mit Gandhi) weiß, dass auch im Weg das Ziel des Friedens schon enthalten ist.

D.h. heute: weiter an einer Haltung der inneren und äußeren Gewalt-Freiheit arbeiten, durch Meditation, durch Training, durch Leben und Austausch in Gruppen, durch Friedensaktionen und Dialog-Projekte.

2. Fremdheitserfahrungen zulassen

Für eine Kultur des Friedens heißt das: erst wenn wir aus dieser „Fremde“ heraus keine Machtansprüche mehr stellen, können wir zu Trägern der Versöhnung werden. Nur so sind auch in einer Haltung der Gelassenheit Dürre-Erfahrungen erträglich, denn die Fixierung auf Erfolge blockiert so manche Prozesse, die Zeit brauchen; man darf nichts erzwingen wollen. „peace enforcement“ ist keine Methode der Friedensbewegung.

3. Toleranz (ein-)üben

In einer Kultur des Friedens geht es darum, dass wir lernen und verinnerlichen: es gibt immer mehrere Sichtweisen, niemand hat die ganze Wahrheit. In diesem Geist kann und muss man den eigenen Standpunkt, die eigene Perspektive, die eigenen positiven oder negativen Erfahrungen bewusst einbringen, die der anderen aber gleichwertig aufnehmen und anerkennen. Nur so kann Frieden wachsen, wenn - wie ein indianisches Sprichwort sagt - jeder lernt, auch in den Mokassins der anderen zu gehen.

Fremdheitserfahrungen zulassen und Toleranz üben gehören zusammen!

D.h. heute: gerade in der Veränderung des Zeit-Geistes hin auf mehr Rücksichtslosigkeit, Egoismus und Durchsetzung auf Kosten anderer Güte und Gemeinschaft praktizieren, Solidarität und Einfühlungsvermögen (Empathie) stärken. Und das heißt: Interkulturalität zu einem Leitbegriff nicht nur für die Zivilgesellschaft, sondern auch für die Polizei und sogar das Militär machen. Bei UN-Trainings hat dies bereits begonnen, wie ich in Ostbayern vor wenigen Jahren eindrucksvoll erlebte.

4. Gastfreundschaft praktizieren

Eine Kultur des Friedens weiß: Gastfreundschaft adelt, bereichert, inspiriert, erfreut und öffnet den Horizont. Natürlich macht sie auch Mühe. Der Gastgeber wird aber dafür überfließend belohnt.

D.h. heute: Friedens- und Freiwilligendienste und besonders das BMZ-Programm „weltwärts“ als guten neuen Ansatz für junge Menschen weiter ausbauen. Aber vor allem auch die idealistischen, erlebnishungrigen jungen Menschen nachher auffangen, einladen - und ihnen helfen, das Erfahrene für ihr Leben positiv und konstruktiv auszuwerten. Und allgemeiner ausgedrückt: Idealismus und Engagement für die Eine Welt durch weltweite Begegnung stärken.

5. Den Ein-Gott-Glauben als Quelle welt-kritischer Geschwisterschaft begreifen

Die Götzenzerstörung und -austreibung ist ein gemeinsames Element im Koran, im Talmud, bei den Propheten des Ersten und des Zweiten Testaments. Für eine Kultur des Friedens heute heißt das: Der Dienst an den derzeitigen Götzen wie Geld und Markt, Genuss und Konsum, Drogen und Helden, Nation und manchmal auch Religion – da wo sie verzweckt wird - dieser Götzendienst ist von diesem Glauben her tatkräftig in Frage zu stellen. Im Ein-Gott-Glauben findet sich die Freiheit zum Widerstand und zur Alternative.

Dem ist heute gar nichts hinzu zu fügen! Es gilt sogar verschärft in bleibender Aktualität – gerade nach der US- und weltweiten Bankenkrise!

6. Friedensstifter werden

Frieden stiften wächst aus der jesuanischen Mischung von Klugheit (der Schlangen) und Sanftheit (der Tauben); man kann eigene Interessen und Positionen zurückstellen, ohne sie aufzugeben, sogar umso leichter als man die hinter den Positionen liegenden Interessen offen legt und dadurch Transparenz und „Spiel-Raum“ schafft gegenüber dem Konfliktpartner oder „Feind“, besser dem „zeitweiligen Hasser“ (Pincas Lapide). Die Formel heißt: Empathie und Konfliktfähigkeit, oder: Hineindenken in die Anderen und selbstbewusstes unverkrampftes Vertreten der eigenen Ziele. (Wo dies nicht mehr möglich ist, hat einE MediatorIn oder ModeratorIn diese Rolle zu übernehmen.)

D.h. heute: gewaltfreie Ausbildungen weiter ausbauen, wie z.B. im Schalomdiakoniat und im Zivilen Friedensdienst. Das Interesse wächst immer noch weiter. Nur die Fördergelder (noch immer) nicht genügend.

7. Das Leben im Ernstfall mehr achten als die Tradition

Diesen Aspekt möchte ich abschließend noch besonders hervorheben, denn wir stehen auf dem Weg zu einer Kultur des Friedens vor einer ähnlich großen Herausforderung als Abraham mit dem Ansinnen, seinen Sohn zu opfern. Die drohende Opferung seines Sohnes Isaak, mit dem sich Abraham vor Ort in der islamischen Tradition noch direkter auseinandersetzt als in der jüdischen, wird abgelehnt. In der jüdisch-christlichen Tradition wurde dies immer als Glaubensprüfung und Gehorsamsbezeugung gedeutet.

Mir leuchtet allerdings die von Franz Hinkelammert 1999 vorgetragene Deutung mehr ein, dass diese Weigerung einem Kultursprung gleichkommt - sie war in einer Kulturstufe, in der Menschenopfer noch üblich waren, von vergleichbarer Intensität, wie die von Jesus geforderte Feindesliebe. Hinkelammert sagt: „Abraham befreit sich selbst, indem er seinen Sohn freilässt. Beide erreichen die Freiheit in sich selbst, in ihrer Begegnung, die eine Begegnung zwischen Brüdern ist.“

D.h. heute – und damit schließe ich: immer wieder neu lernen, „über seinen Schatten zu springen“; Neues zuzulassen, ohne es als Bedrohung zu erleben; mit der Vision eines neuen Himmels und einer Neuen Erde als Christen vorangehen, den interreligiösen und interkulturellen Dialog weiter bauen und so – konsequent von unten und nicht im Vertrauen auf die „mächtigen“ Staaten - an einer Welt der Gerechtigkeit und des Friedens arbeiten – für Justitia et Pax, die nur zusammen zu entwickeln und zu entfalten sind.

Unser Gegenentwurf ist und bleibt: „Frieden, Solidarität und Vertrauen“!

[„Die Ära der Vereinigten Staaten ist vorbei“ – „die Situation ist nur vergleichbar mit dem Untergang der Sowjetunion“, schrieb vor knapp einem Jahr anlässlich der Bankenkrise (SZ 1.10.08) John Gray, em.Prof. für europ. Ideengeschichte in London, und fügte in Anlehnung an die schon gängige Theorie der „Überdehnung von Imperien“ hinzu: „Das Schicksal von Imperien besiegelt oft eine Wechselwirkung aus Krieg und Schulden.“]

Dr. Reinhard J. Voß

Kontakt:

Schützenkamp 2 - Wethen

34474 Diemelstadt

Tel. 05694-1424 (Fax über -1532)

Handy 0160 – 14 17 246

E-Mail: voss.wethen@t-online.de

www.reinhard-voss-wethen.de

ANHANG:

Aus einem Diskussions-Vorschlag von Prof. Ulrich Duchrow (Heidelberg) für einen alternativen Entwurf der Ökumenischen Netze und Initiativen in Deutschland zum ÖRK-Entwurf „Gerechter Friede“.

Er empfiehlt zum Schluss folgende Konkretionen:

(ALTERNATIV-ENTWURF zum ÖRK-Entwurf „Gerechter Friede“ (2009)
Von ULRICH DUCHROW, AUGUST 2009)

Selbstverpflichtungen auf der Basis ökumenischer Beschlüsse und der Bibel

Die notwendige Umkehr umfasst außer der grundsätzlichen Absage an das herrschende System und der Vision einer Zivilisation des Lebens kurzfristige, mittelfristige und langfristige Schritte zur Verwirklichung der Vision. Darum gehen wir folgende Selbstverpflichtungen ein:

1. **Wir glauben**, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ (Ps. 24,1). **Darum sagen wir Nein** zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus gewaltsam aufgezwungen wird. Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht. Wir verwerfen eine Wirtschafts- und Lebensweise, die um der Kapitalvermehrung willen die Natur ausbeutet, verschmutzt und den grenzenlosen Konsum anstachelt, so dass durch diesen Wachstumszwang die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen zerstört werden. **Wir verpflichten uns, gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Menschen aus anderen Glaubensgemeinschaften dem herrschenden politisch-ökonomisch-kulturellen System Widerstand entgegenzusetzen**.
2. **Wir glauben**, dass Gott ein Gott des Lebens ist und Leben für die Kreaturen in Fülle will. „Ich bin gekommen, damit alle Leben und Überfluss haben“ (Joh 10,10). **Darum sagen wir Nein** zu einer Wirtschaftsordnung, die durch Privatisierung von Gemeinschaftsgütern Knappheit und Armut erzeugt sowie die Natur ausbeutet und zerstört. Insbesondere sagen wir Nein zur Patentierung von Saatgut und solcher Medizin, die zur Grundversorgung der Bevölkerung lebensnotwendig ist. Wir verwerfen eine Politik, die zur Durchsetzung dieser Privatinteressen Kriege führt, unermessliche Ressourcen in der Rüstung verschwendet und durch ihre Steuergesetze die ungerechte Verteilung der Güter und Lebenschancen verschärft. **Wir verpflichten uns**, bei uns selbst sowie in der Gesellschaft für eine demokratische und solidarische Wirtschaft im Dienst des Lebens zu arbeiten, in der alle genug haben, in der weder Mangel noch Überkonsum herrscht und durch die die Erde für zukünftige Generationen erhalten wird. Sie soll dem Gebrauch und nicht der Kapitalvermehrung dienen. Sie bewirtschaftet die Güter und Dienste der Grundversorgung öffentlich (Wasser und andere Gaben der Natur, Energie, Transport, Gesundheit, Bildung). Wir verpflichten uns, für eine politische Ordnung zu kämpfen, die diese Wirtschaft im Dienst des Lebens möglich macht und damit auch die Ursachen von Gewalt vermindert.
3. **Wir glauben**, dass Gott den Menschen eine wunderbare, reiche und schöne Erde geschenkt und anvertraut hat. „Gott nahm die Menschen und brachte sie in den Garten Eden, diesen zu bebauen und zu hüten.“ **Darum sagen wir Nein** zu einer Wirtschafts-

zunehmend zerstört. Insbesondere rufen wir Christinnen, Christen, Gemeinden und Kirchen in den Industrieländern auf, ihre ökologischen Schulden gegenüber den Menschen in den seit 500 Jahren armgemachten Regionen der Erde anzuerkennen und Wiedergutmachung zu leisten, radikal ihren Energieverbrauch und den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen zu reduzieren, sowie ihre Regierungen zu verpflichten, entsprechende nationale und internationale Gesetze – insbesondere zur Steuerung Transnationaler Konzerne – zu erlassen, die die Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius begrenzen und das Sterben der Arten stoppen. **Wir verpflichten uns, unseren Energie- und Umweltverbrauch auf die erforderlichen Quoten zu senken, beispielsweise auf die Emission von 2 Tonnen CO₂ pro Kopf/Jahr (z.Zt. USA ca. 20 Tonnen, Westeuropa etwa 10 Tonnen) und unsere Regierungen zu zwingen, dies per Völkerrecht verbindlich festzulegen. Dabei sind Übergangszeiten für Entwicklungsländer zu beachten. Insgesamt werden wir persönlich, kirchlich und gesellschaftlich für eine Kreislaufwirtschaft arbeiten, die die Gaben der Natur für alle gerecht und zukunftsfähig nutzt**

4. **Wir glauben, dass Gott menschliche Arbeit als Teilnahme an Gottes schöpferischer Kraft und als Mittel zur Selbstversorgung der menschlichen Gemeinschaften, aber keine Ausbeutung von arbeitenden Männern und Frauen will. „Ich, ICH-BIN-DA (Jahwe), bin deine Gottheit, weil ich dich aus der Versklavung in Ägypten befreit habe“ (Ex 20,2). Darum sagen wir Nein zu einer Wirtschaftsordnung, in der arbeitende Menschen, insbesondere Frauen, (strukturell oder direkt) gewaltsam ausgebeutet und in die Erwerbslosigkeit gestoßen werden. Nein auch zu Regierungen, die den Arbeitenden Steuern auferlegen, aber immer weniger Steuern auf Kapitaleinkommen von Gewinnen und Vermögen verlangen und Steuerparadiese nicht abschaffen. Wir verpflichten uns, zusammen mit den Gewerkschaften Rechtsordnungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen zu erkämpfen, in denen alle arbeitsfähigen Menschen gerecht bezahlte Arbeit haben, indem die Produktivitätsgewinne ausschließlich in Arbeitszeitverkürzung investiert werden. Dabei sollen alle Mitarbeitenden die sie betreffenden Entscheidungen mitbestimmen. (**
5. **Wir glauben, dass Gott Akkumulation von Reichtum für wenige auf Kosten der Mehrheit hasst. „Niemand kann zwei Mächten dienen. Entweder wirst du die eine Macht hassen und die andere lieben oder du wirst an der einen hängen und die andere verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Geld“ (Mt 6,24). „Giere nicht nach dem, was zu deinen Mitmenschen gehört, weder nach seiner Partnerin noch seinem Partner, noch nach seinem Sklavin oder seiner Sklavin, nicht nach seinem Rind noch Esel, noch nach irgendetwas, das ihm oder ihr gehört“ (Ex 20,17). Darum sagen wir Nein zu einer Wirtschaftsordnung, die Gier belohnt, die auf naturzerstörendes und sozial spaltendes Wachstum angelegt ist, weil sie Geld zur Ware macht, um es mit Zins, der den wirtschaftlichen Mehrwert übersteigt, hohen Renditen und spekulativen Gewinnen zu vermehren. Wir verpflichten uns, selbst Geld nur im Dienst realen Wirtschaftens zu gebrauchen. Wir verpflichten uns, zusammen mit sozialen Bewegungen dafür zu kämpfen, dass die politischen Institutionen das Geld national und international zu einem öffentlichen Gut machen, das ausschließlich nutzbringendem Wirtschaften dient, dass sie deshalb alle Finanzinstrumente, die nicht diesem Zweck, sondern der Kapitalvermehrung durch Spekulation dienen, verbieten und sanktionieren und so alles Eigentum sozial und ökologisch der Allgemeinheit verpflichten.**
6. **Wir glauben, dass Gott nicht durch Militär, sondern durch Gerechtigkeit Frieden schaffen will. „Das ist das Wort Gottes an Serubbabel: „Nicht mit Macht und nicht mit Gewalt, sondern durch meine Geistkraft““ (Sach 4,6). „Solange über uns die Geistkraft**

Darum sagen wir Nein zu der Institution des Krieges, der unter den Bedingungen der gegenwärtigen Waffentechnik niemals und durch nichts zu rechtfertigen ist; Nein zu den über eine Billion US\$, die jährlich für die Rüstung verschwendet werden, während im gleichen Zeitraum über 30 Millionen Menschen an den Folgen des Hungers sterben. Rüstung mordet nicht erst, wenn sie angewendet, sondern bereits, wenn sie produziert wird. Insbesondere verwerfen wir völkerrechtswidrige imperialistische Kriege wie die gegen den Irak und Afghanistan(?) sowie den unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“. Darum lehnen wir die über 800 Militärbasen der USA, unter deren Schutz autoritäre und scheindemokratische Regierungen wie in den Philippinen und Kolumbien notorische Menschenrechtsverletzungen verüben, ebenso ab wie die Aufrüstung der EU mit internationalen Eingreiftruppen. Ordnungsaufgaben der Weltgemeinschaft bei notorischen Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern und Regionen sind ausschließlich von Polizeikräften unter dem Dach der demokratisch auszugestaltenden Vereinten Nationen durchzuführen. **Wir verpflichten uns, an keinem Krieg in irgendeiner Weise mitzuwirken. Stattdessen wollen wir im Sinn Jesu und Gandhis aktiv gewaltfrei, aber konflikt- und leidensbereit allem Unrecht entgegenzutreten, präventiv ebenso wie therapeutisch an notwendigen Versöhnungsprozessen mitwirken und politisch dazu beitragen, dass der Krieg geächtet wird.**

7. **Wir glauben, dass Massenvernichtungsmittel eine Gotteslästerung sind, denn Menschen sind nach dem Bilde Gottes geschaffen. „Wer Menschenblut vergießt, deren Blut soll durch Menschen vergossen werden. Denn als Bild Gottes sind die Menschen gemacht“ (Gen 9,6). „Nur wenn ihr euer Verhalten und euer Tun wahrhaft bessert,... kein unschuldiges Blut an diesem Ort vergießt..., dann will ich euch wohnen lassen an diesem Ort für immer, in dem Land, das ich euren Eltern gegeben habe“ (Jer 7,5ff.). **Darum sagen wir Nein ohne jedes Ja zur Produktion, Stationierung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln,** die immer unschuldiges Blut vergießen, ja, alles Leben auf der Erde auslöschen können. Wir verwerfen die Strategien der USA und der NATO, die das Recht auf einen atomaren Erstschlag beanspruchen und bereits jetzt mit Uran angereicherte Munition mit verheerender Wirkung auf die betroffenen Bevölkerungen verwenden. **Wir verpflichten uns** und rufen alle Mitglieder von christlichen Kirchen dazu auf, auf keine Weise an der Produktion, Stationierung oder Anwendung von Massenvernichtungsmitteln mitzuwirken, auch keine politische Partei zu wählen, die sich nicht zur vollständigen Abschaffung von Massenvernichtungsmitteln bekennt. Wir rufen insbesondere die Regierung der USA, aber auch alle anderen Regierungen auf, den Worten Taten folgen zu lassen und eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Nur dann können auch Regierungen, die jetzt nach Atomwaffen streben, daran gehindert werden, ihren Plan in die Tat umzusetzen.**
8. **Wir glauben, dass sich Gott ein Volk beruft, das ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden vorlebt und so Licht in der Welt, Stadt auf dem Berge und Salz der Erde wird (Mt 5, 13-16). „Und viele Völker werden aufbrechen und sagen: ‚Auf, lasst uns hinaufziehen zum Berg Gottes, zum Haus der Gottheit Jakobs, damit sie uns lehre ihre Wege und wir gehen auf ihren Pfaden, denn von Zion wird Weisung ausgehen und das Wort Gottes von Jerusalem.‘ Und Gott wird Recht sprechen zwischen den fremden Völkern und richten zwischen vielen Völkern. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Lanzen zu Winzermessern umschmieden, kein fremdes Volk wird mehr gegen ein anderes sein Schwert erheben, und niemand wird mehr**

Darum sagen wir nein zu allem Missbrauch des Namens Gottes und Christi für **Machtzwecke**, geschehe er durch Regierungen, politische Parteien, Gruppen, Theologien oder Kirchen. Wir verwerfen insbesondere Wohlstandstheologien, fundamentalistische Kreuzzugstheologien und solche Ideologien, die im Namen der Freiheit die Reichtumsvermehrung von Kapitaleignern betreiben und dafür auch gewaltsames, imperialistisches staatliches Handeln rechtfertigen. **Wir verpflichten uns** als **einzelne Christen, Christinnen und Kirchen, Jesus nachzufolgen und durch Gottes Geistkraft am Bau von Gottes Reich, von Gottes herrschaftsfreier, lebensförderlicher Ordnung mit menschlichem Gesicht mitzuwirken.** Dazu gehört die Mitwirkung am Aufbau einer neuen, dem Leben dienenden solidarischen Wirtschaftsweise, die Vermeidung und Verminderung von Gewalt auf allen Ebenen von der Familie bis hin zu einer Weltfriedensordnung und ein Lebensstil, der ökologische und soziale Gerechtigkeit fördert. Wir suchen die Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit Menschen anderen und keinen Glaubens, die das Leben auch der geringsten Menschen und der gefährdeten Erde achten und fördern.

Wir bitten Gott im Namen Jesu um Geistkraft, uns an den wunderbaren Gaben der Schöpfung zu freuen, ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden zu führen und dafür zu kämpfen, dass es allen Menschen und der Erde zuteil wird.